

## Die Nachkriegspolitik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im Zeichen der Heimatliebe und des Panslawismus

Eugenie von Trützschler

Bei der Betrachtung der Situation in der Tschechoslowakischen Republik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges muss der historische Faktor der Entwicklung des Verhältnisses zwischen der deutschen und der tschechischen Bevölkerung in der österreichischen Monarchie berücksichtigt werden, hier vor allem das Bild, das man sich voneinander machte, das die allgemeine Einstellung der breiten Bevölkerungsschichten, der deutschen sowie der tschechischen, prägte.<sup>1</sup>

Auf der Suche nach eigener Identität, von der Französischen Revolution inspiriert und vor allem von dem deutschen Philosophen Herder ermutigt, begann diese neue Bildungsschicht nach ihren „nationalen Wurzeln“ zu suchen. Auf der Suche nach eigener nationaler Identität, haben sich die Tschechen und die Deutschen in Böhmen auseinandergeliebt. Vergessen war die Wenzelsbaddeklaration vom 11. März 1848<sup>2</sup> die von den Prager Deutschen und Tschechen unterzeichnet und getragen wurde und die Zeit, als in „den Kreisen der geistigen Kultur“, wie es Lemberg<sup>3</sup> nennt, der Unterschied zwischen Tschechen und Deutschen nicht bekannt war.

Als dann in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts der tschechische Soziologe und Politiker Masaryk den Versuch unternimmt, die humanitären Werte im Sinne von Hus, Komenský, Kollár aber auch Havlíček-Borovský und Palacký seinen politischen Mitstreitern ins Bewusstsein zu rufen, scheitert er.<sup>4</sup> Masaryk<sup>5</sup> wurde zwar Präsident der I. Tschechoslowakischen Republik, seine humanitäre Staatsvorstellung ging aber nicht in Erfüllung. Die Zeit hatte keine Muße für humanistische, ja für zwischenmenschliche und Diskussionen zwischen den einzelnen Nationen, die künftig in einem gemeinsamen Staat leben sollten.

Dies bedeutete, dass die staatstragende Nation der Tschechen nicht im gewünschten Ausmaß bereit war, die Vorstellungen der Minderheiten von dem künftigen gemeinsamen Staat zu akzeptieren, obwohl allen Beteiligten an der Gründung der neuen Nationalstaaten schon 1918 bewusst war, dass in der Tschechoslowakei, wie in allen anderen

---

1 Křen, Jan/Broková Eva ( Hrsg): *Obraz Němců Rakouska a Německa v české společnosti 19. a 20. století* (Das Bild der Deutschen, Österreichs und Deutschlands in der tschechischen Gesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts). Prag 1998.

2 Veröffentlicht in: Černý Jan: *Boj za právo; Sborník aktů ve věcech státu a národa českého od roku 1848*, (Der Kampf um das Recht, Eine Sammlung politischer Dokumente in Sachen des Böhmisches Staates und der tschechischen Nation seit 1848, Bd.I, ) Praha 1893, S. 1 ff.

3 Lemberg, Eugen: *Grundlage des nationalen Erwachens in Böhmen; geistesgeschichtliche Studie am Lebensgang Josef Georg Meinerst*, (1773–1844). Reichenberg 1932, S. 58.

4 Masaryk, Tomáš Garrigue: *Palackého idea národa českého* čtvrté vydání, (Palackýs Idee der tschechischen Nation) 4. Ausgabe. Praha 1947; Masaryk, Tomáš Garrigue: *Jan Hus, naše obrození a naše reformace*, (Jan Hus, unsere Wiedergeburt und unsere Reformation). Praha 1896; Masaryk, Tomáš Garrigue: *Problém malého národa* čtvrté vydání; (Das Problem der kleinen Nation), 4. Ausgabe, Praha 1947.

5 Von den nationalen tschechischen Strömungen wurde Masaryk sogar vorgeworfen, dass er die Liebe zu der eigenen Nation nicht empfand. Siehe dazu Rataj, Jan: *O autoritativní národní stát, ideologické proměny české politiky v druhé republice 1938–1939* (Über den autoritären und nationalen Staat, ideologische Veränderungen der tschechischen Politik in der zweiten Republik 1938–1939). Praha 1997 S. 59.

neu geschaffenen Nationalstaaten, nationale Minderheiten leben werden. Die Führungen in den Nationalstaaten waren in erster Linie bemüht, das ihnen vermeintlich während der Monarchie angetane Unrecht wiedergutzumachen, indem sie die Rechte der eigenen Nation über die der anderen Nationen stellte. Dementsprechend wurden die im Staat lebenden nationalen Minderheiten nicht als ein Bestandteil des Staates, im Sinne einer Bereicherung gesehen. Diese Politik empfanden in allen neu gegründeten Staaten vor allem die Deutschen als eine Benachteiligung.<sup>6</sup> Die Nichtberücksichtigung ihrer Forderungen nach Autonomie empfanden die Slowaken ähnlich wie die Sudetendeutschen. Wie sie sahen die Slowaken als die einzige Lösung ihrer Situation die Abkehr von Prag, in Richtung Deutschland.<sup>7</sup>

Da den nationalen Minderheiten die ausschließliche Schuld am Scheitern des eigenen Nationalstaates zugeschrieben wurde, waren zum Teil dieselben nationalen Führer nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr bereit, die nationalen Minderheiten im eigenem Nationalstaat zu akzeptieren. Die ethnische Säuberung deutsch und ungarisch besiedelter Gebiete und die darauffolgende innerstaatliche Umsiedlung der Slowaken und der Roma in das sogenannte Sudetenland begann.

Dies geschah im Geiste der Idee, dass nur einheitliche nationale Staaten den Frieden in Europa sichern könnten. Der Panlawismus unter der Führung Russlands, wie er im 19. Jahrhundert von den Führern der tschechischen Politik propagiert wurde, erreichte seinen Höhepunkt. Unberücksichtigt blieben sowohl die Warnungen der geistigen Führer der eigenen Nation wie Karel Havlíček Borovský<sup>8</sup> oder Masaryk<sup>9</sup>, die zu unterschiedlichen Zeiten vor Russland als Hegemonialmacht gewarnt hatten, als auch die Tatsache, dass in Russland nicht mehr der Zar sondern die kommunistische Partei das Sagen hatte. Letzteres wurde sogar positiv beurteilt.

#### *Die Stellung der Nationen in der Politik der Kommunistischen Partei der UdSSR*

Im Sinne des proletarischen Internationalismus sollte eine vollkommene Einheit der verschiedenen Nationen erreicht werden.<sup>10</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt sollten wie in der Deklaration der Rechte der Völker Russlands vom 15. November 1917 festgeschrieben, folgende Gesichtspunkte berücksichtigt und verwirklicht werden:

- a) Gleichberechtigung und Souveränität der Völker Russlands,
- b) das Recht der Völker Russlands auf freie Selbstbestimmung bis zu einer Abtrennung und Bildung eines eigenen Staates,
- c) die Aufhebung aller nationalen und national-religiösen Sonderstellungen und Benachteiligungen,

6 Zum Verhältnis der Deutschen und Tschechen nach 1918 siehe z. B. Kural, Václav: „Konflikt anstatt Gemeinschaft?“. Tschechen und Deutsche im Tschechoslowakischen Staat (1918–1938). Praha 2001. Oder: Ovilová Věra: Dějiny první republiky (Geschichte der ersten Republik). Praha 2000.

7 Neben Lemberg war es Radl, der sich in der I. Tschechoslowakischen Republik für eine Aussöhnung mit den Tschechen einsetzte. Radl, Emanuel: `Der Kampf zwischen Tschechen und den Deutschen`. Reichenberg 1928.

8 Havlíček Borovský, Karel: `Duch Národních Novin`, (Der Geist der Nationalzeitung) Kutna Hora 1851, Nachdruck, Praha 1971; Havlíček Borovský, Karel: „Karla Havlíčka Borovského politické spisy“, k vydání upravil Zdeněk Tobolka, Díl I; Pražské noviny“ 1846–1848; (Das politische Werk von Karel Havlíček Borovský; Bd.I `Prager Zeitungen` (1846–1848) , Hrsg.: Tobolka, Zdeněk) .Praha 1900.

9 Masaryk, Tomáš Garieque: `Rusko a Evropa`, k ruske filosofii dějin a naboženství, sociologické skizzy, svazek II; ( Russland und Europa, zur russischen Philosophie der Geschichte und der Religion" soziologische Skizzen, Bd.II). Praha 1921, Masaryk, Tomáš Garieque: `O Bolševictvi` (Über den Bolschewismus). Praha 1921.

10 Alexejev N.N. : Die Staatsverfassung in: Das Recht Sowjetrußlands, Tübingen 1925 S.48

d) freie Entfaltung der nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen, die auf dem Gebiet Russlands leben.<sup>11</sup>

Diese Einstellung entsprach voll und ganz der Einstellung von Marx und Engels, die zwar die Theorie vertraten, dass kein Volk frei sein könne, wenn es durch ein anderes unterdrückt wird,<sup>12</sup> jedoch die Interessen der Arbeiterklasse denen der Nation voranstellten.<sup>13</sup> Lenin verknüpfte die Lösung der nationalen Frage unmittelbar mit der historischen Rolle der Arbeiterklasse. Eine staatsrechtliche Gleichheit bildet dabei einen Teil der gesamten nationalen Emanzipation.<sup>14</sup>

Daraus ergibt sich, dass in der UdSSR vier Grundprinzipien die nationale Politik bestimmten

1) Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Arbeiterklasse, das als das Recht des Proletariats der jeweiligen Nationen auf Selbstbestimmung verstanden wurde.<sup>15</sup> Die Selbstbestimmung der Nationen erfolgte also, da die Führung der Arbeiterklasse die Kommunistische Partei inne hat, unter ihrer Ägide.

Das Recht auf Selbstbestimmung als Recht auf selbständige staatliche Existenz bedeutete das Recht zur Bildung eines selbständigen nationalen Staates.<sup>16</sup>

Aus diesem Grunde wurde besonders großer Wert auf den freiwilligen Zusammenschluss auf dem Prinzip der Gleichheit, des gegenseitigen Vertrauens und der brüderlichen Mitarbeit gelegt.<sup>17</sup> Dementsprechend waren zum Beispiel die sowjetischen Republiken berechtigt, aus der Föderation auszutreten und ihren eigenen Staat zu bilden.<sup>18</sup>

2) Das Gleichheitsprinzip hängt mit dem Prinzip der Selbstbestimmung unmittelbar zusammen. Gemeinsam wurden sie als die tragenden Pfeiler der marxistisch-leninistischen Lehre bezeichnet. Obwohl das Prinzip der Selbstbestimmung und das Gleichheitsprinzip in den Verfassungen der UdSSR von 1924 und 1936 fest verankert ist,<sup>19</sup> wurde vor allem das Gleichheitsprinzip im Zusammenhang mit der Stärkung des Zentrums während der Regierungszeit Stalins, der sich für eine Vormachtstellung der großrussischen Republik einsetzte, verletzt.<sup>20</sup>

11 „Ohlas veľké říjnové socialistické revoluce v ČSR“ (Der Widerhall der Großen Oktoberrevolution in der ČSR), Dokumentensammlung, Praha 1953, S. 46; Auf dem XII. Parteikongress sprach Chruscov von einem Staat des gesamten Volkes, der eigentlich den Föderalismus überflüssig macht. Meder: Grundzüge der sowjetischen Staatstheorie im Jahrbuch f. Ostrecht, Bd. 15/1966 S. 35; Gesamtstaat als völlige Verschmelzung der Völker, vgl.: Die Entwicklung des sowjetischen Föderalismus in Jahrbuch f. Ostrecht 1962/III. S. 30; Červenanský: „Leninovo učení stále živé“, slowakisch (Lenins Lehre immer lebendig) in: „Pravný obzor“ 53/1970 S. 299–312.

12 Marx/Engels: Gesammelte Werke, Bd. 18, Moskwa, S. 509, russ.

13 Grospič, Jiří/Jičinský, Zdeněk: Problémy státopravního usporádání česko-slovenských vztahu (Die Probleme der staatsrechtlichen Regelung der tschechisch-slowakischen Beziehungen), in „Pravnik“ 107/1968, S.481–496, hier S. 487.

14 Hanes: „Pět let tvurčí práce na leninských principech v československé federaci“, tschechisch, (Fünf Jahre schöpferischer Arbeit an Lenins Prinzipien in der tschechoslowakischen Föderation), in: „Život strany“, Nr. 21/1973, S. 3.

15 Rebro: „Leninské princípy - základ československej federacie“, slowakisch (Lenins Prinzipien – die Grundlagen der tschechoslowakischen Föderation), in: „Pravný obzor“ 1970/53, S. 350–359, hier S. 351.

16 Knapp, Viktor: „Lenin a socialistický federalismus“, in: „Právník“ 1969/109, S. 259–268 hier S. 262.

17 Onan: „Leninské učení o národnostní otázce-základ výstavby mnohonárodního sovětského státu“, tschechisch, (Lenins Lehre über die Nationalitätenfrage – Basis des Aufbaus des sowjetischen Vielvölkerstaates), in: „Pravnik“ 112/1973, S. 207; Bilinsky: „Die Entwicklung des sowjetischen Föderalismus“, a.a.O., S. 24.

18 Artikel 13 der Verfassung der UdSSR 1936.

19 Černák, Alexander: „Lenin a seburčovanie národov“, in: Pravný obzor 1970/53, S. 299–312, hier S. 300.

20 Grospič, Jiří/Jičinský, Zdeněk: „Problémy státopravního uspořádání česko-slovenských vztahu“, S. 490.

3) Der Demokratische Zentralismus war in seinen Anfängen als ein Organisationsprinzip der Partei gedacht.<sup>21</sup> Erst nach der bolschewistischen Machtübernahme wurde dieses Organisationsprinzip auch auf andere Bereiche übertragen, so zum Beispiel auf die Wirtschaft und auf den Staatsaufbau.<sup>22</sup> Durch die zielbewusste Praktizierung des demokratischen Zentralismus, welche das Hauptprinzip des Aufbaus und der Tätigkeit der Partei bildete, wurde die grundlegende Bedingung für die Kampffähigkeit der Partei und ihre Aktionseinheit geschaffen.<sup>23</sup> Durch den demokratischen Zentralismus wurde „eine Verbindung zwischen dem Zentralismus der wichtigsten Seiten des öffentlichen Lebens mit einer breiten lokalen Individualität“ ermöglicht.<sup>24</sup> Es wurde bestritten, dass die Interessen des Zentrums und der Regionen sich widersprechen könnten.

4) Proletarischer Internationalismus. In der Idee des proletarischen Internationalismus verbinden die gemeinsamen Interessen die Arbeiter aller Völker. Die dadurch entstehende Internationalisierung der Arbeiterbewegung ist das Prinzip des proletarischen Internationalismus. Im proletarischen Internationalismus kämpfen die Arbeiter verschiedener Völker, ohne Rücksicht auf ihre Nationalität, zusammen. Gegen diese wird, falls sie dem brüderlichen Zusammenleben der Völker im Wege stehen, gekämpft.<sup>25</sup>

Der proletarische Internationalismus sichert im Sinne des demokratischen Zentralismus die Einheit des Willens.<sup>26</sup> Ohne die Führung im Sinne des Demokratischen Zentralismus in jeder Richtung des Lebens wäre seine Einheit in Gefahr.<sup>27</sup>

#### *Die Einstellung der tschechischen Kommunisten zum Staat und Nation während des Zweiten Weltkrieges*

Bereits während des Krieges, im Jahre 1943, formulierte die Führung der tschechischen Kommunisten, Gottwald, Šverma, Slánský, Kopecký während des Besuches des im Exil lebenden tschechoslowakischen Präsidenten Beneš in Moskau ihre Vorstellungen in Hinblick auf die Zeit nach dem Ende des Krieges. Die Befreiung des Staates bedeutete für die kommunistische Partei die Befreiung von allen Deutschen. Diese Aufgabe sollte die Nationale Front übernehmen, die als eine gemeinsame Front der Tschechen und Slowaken gegründet werden sollte. Voraussetzung hierfür war eine Gleichstellung beider Nationen, also die Anerkennung der Slowaken als eine eigene Nation, die formal von der Führung der kommunistischen Partei verlangt wurde.<sup>28</sup>

Der Kern der Nationalen Front sollte sich aus den drei Parteien zusammensetzen, der National-sozialen Partei (národní socialisté), den Sozialdemokraten (soziální demokraté) und den Kommunisten. Bereits zu diesem Zeitpunkt, 1943, wurde vorgeschlagen,

21 Demokratischer Zentralismus wurde als bestehendes Element der Parteiorganisation auf dem VI. Kongress der Partei im Jahre 1917 angenommen. Möller, Hans Walter: „Der völkerrechtliche Gehalt des Prinzips des sozialistischen Internationalismus“, Dissertation. Würzburg 1970, S. 10.

22 Kazemzadeh: Demokratischer Zentralismus, in: „Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft – eine vergleichende Enzyklopädie“. Freiburg/Basel/Wien 1966, S. 1158–1162, hier S. 1162.

23 Kokeš, Jan: „Demokratický centralismus v praxi základní stranické organizace“, tschechisch (Demokratischer Zentralismus in der Praxis der grundlegenden Parteiorganisation), in: „Život strany“ 1974/21, S. 4.

24 Ilinskij: „Podstata a principy sovětské socialistické federace“, in: Právník 1973/112, S. 214–221, hier S. 219.

25 Matoušek/Grospič Jiří: „Uplatnění leninských principů v československé federaci (Die Praktizierung der leninschen Prinzipien in der tschechoslowakischen Föderation“, in: Právník 1973/112, S. 222–234, hier S. 224.

26 Ilinskij: Podstata a principy sovětské socialistické federace, hier S. 217.

27 Rebro: Leninské principy-základ československé federacie, S. 351.

28 ... „dass die neue Republik ein Staat von zwei gleichberechtigten Nationen, der Tschechen und der Slowaken sein wird.“ Vom VII. zum VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei, S.22.

dass das gesamte Eigentum der Deutschen sowie der Verräter zu konfiszieren und staatliche Verwalter für dieses Eigentum einzusetzen seien. Die rechtliche Regelung sollte über entsprechende Dekrete geschehen.<sup>29</sup> Die Kommunisten waren sehr bemüht den Eindruck zu vermitteln, dass die „Säuberung“ des Staates von der deutschen Bevölkerung zum Wohle der Tschechen und Slowaken geschieht und daher zur gemeinsamen nationalen Aufgabe erklärt wird. Die Führung der Partei ging noch weiter, sie verkündete, dass die Befreiung des Staates von der deutschen Bevölkerung ganz im Sinne und Geiste des Gedankens der slawischen Einheit geschieht. Diese slawische Einheit wurde aber als etwas Neues verkündet, denn jetzt war diese Einheit von alten panslawistischen zaristischen Elementen befreit und erhielt durch ein festes Band mit der UdSSR einen echten demokratischen Charakter, den der tschechische Mensch stets in seinem Herzen trug. Bemerkenswert ist, dass die Bemühungen von Beneš um eine engere Zusammenarbeit mit den Polen nicht zu denen gezählt wurden, die auf eine slawische Einheit hielten, sondern ausdrücklich abgelehnt wurden, denn nach Ansicht der Führung der tschechischen kommunistischen Partei kann nur die russische Nation als Führungskraft die slawische Einheit garantieren. In diesem Kontext wurde betont, dass die russische Nation nicht nur keine hegemonialen Interessen habe noch jemals ihre slawische Solidarität über ihre eigenen Interessen stellen<sup>30</sup> werde. Sie sei vielmehr die Garantie für die staatliche und nationale Unabhängigkeit der tschechischen Nation.

### *Im befreiten Land*

#### 1) Das Ziel heißt: Slawischer Staat

Ganz im Sinne des durch das russische Volk geführten Panslawismus waren alle politischen Kräfte, aber vor allem die kommunistische Partei, in der Nachkriegstschechoslowakei sehr bemüht ihre Loyalität gegenüber dem großen Bruder, der UdSSR, zu demonstrieren. Unter der Führung des russischen Volkes sollte die lang ersehnte slawische Einheit verwirklicht werden, diese wiederum sollte dann in der Schaffung rein slawischer Nationalstaaten ihren Widerhall finden. Die Loyalität der tschechischen Politiker, auch Beneš<sup>31</sup>, gegenüber der kommunistischen Führung der UdSSR spiegelt sich in der am 4. April 1945 gebildeten Regierung wider. Ganz im Sinne der Kommunisten wurde sie die Regierung der Nationalen Front genannt. Mit der Wahl von Zdeněk Fierlinger zum Ministerpräsidenten und Klement Gottwald zu einem seiner Vertreter sowie den Ministern Július Duriš, Václav Kopecký, Zdeněk Nejdlý, Václav Nosek und Ludvík Svoboda sind in der Regierung Männer vertreten, die auch nach der Machtübernahme durch die Kommunisten im Februar 1948 im Amt blieben. Der Erfolg der Kommunisten

29 „Od VII do VIII sjezdu KSČ, deset historických let v dějinách strany a republiky, Zpráva výboru a krajských výborů k VII. sjezdu KSČ 28.–31.III. 1946“ (Vom VII. zum VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei; zehn historische Jahre in der Geschichte der Partei und der Republik; Bericht des Zentralkomitees und der Kreisausschüsse zum VIII. Parteitag der kommunistischen Partei, 28. – 31.3.1946), hier S. 20.

30 Šverma in seinem Artikel: „Der slawische Gedanke in unserer Politik“, zitiert nach „Vom VII. zum VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei“, S. 23.

31 „... Vernichtung des nazistischen Erbes und Wiedergeburt der menschlichen Freiheit und Erneuerung geistiger und moralischer Werte moderner Demokratie. Das ist das Ziel, das nicht ortsgebunden ist, es ist das Ziel der Welt, der Menschlichkeit und steht über der Zeit (...) Die Sowjetunion und die russischen Kommunisten anerkennen heute selbst, dass die Umwandlung von liberaler Demokratie in ihre höhere Stufe – in eine Demokratie, die sozialisiert – soll und kann nur heute stufenweise geschehen, Schritt für Schritt...“(zničení nacistického dědictví v oboru lidské svobody a obnovení duchovních a mravních hodnot moderní demokracie. To je cíl světový, lidský a nadčasový ... Sovětský svaz a ruští komunisté sami dnes uznávají, že postup k přeměně liberální demokracie v její vyšší stupeň -v demokracii socialisující-má a může se dnes už díť postupně, krok za krokem ...), Beneš ‚Edvard: Světová krise, kontinuita práva a nové právo revoluční‘, (Die Weltkrise, die Rechtskontinuität und das neue Revolutionsrecht). Praha 1946; S. 21 ff.

lag mitunter daran, dass sich die kommunistische Partei von Beginn an als diejenige präsentiert hat, die sich aus Heimatliebe zur tschechischen Nation am Aufbau der Republik beteiligt und als die Partei, die eine Garantie für eine starke und unabhängige Republik sei.<sup>32</sup>

In diesem Konzept war eine Bevölkerung deutscher Nation nicht vorgesehen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war es nicht schwer für dieses Konzept breite Bevölkerungsschichten zu gewinnen. Die Kollektivschuld der Deutschen für alles, was im Protektorat Böhmen und Mähren seit 1938 geschehen ist, wird juristisch durch Judr. Arnošt Malovský-Weninger begründet.<sup>33</sup> Während noch im Krieg und noch im Programm der neuen tschechoslowakischen Regierung, dem sogenannten Kaschauer Programm vom 5. April 1945, bewusst Wert auf die Unterscheidung und damit unterschiedliche Behandlung von deutschen Antifaschisten auf der einen und Deutschen auf der anderen Seite gelegt worden ist, die sich in welcher Art und Weise auch immer mit dem Hitlerregime identifizierten, hat nicht nur sie und damit auch die Kommunistische Partei kurz darauf aus rein populistischen Erwägungen auf eine Differenzierung verzichtet.

Mitte Mai 1945 verkündete der der kommunistischen Partei angehörende Minister für Schulwesen Zdeněk Nejedlý in einer Ansprache vor den Mitarbeitern seines Ressorts, dass „wir die Deutschen und Ungarn von hier weg kriegen“.<sup>34</sup> Mit dieser Einstellung stand die kommunistische Partei jedoch nicht alleine da, auch Präsident Beneš vertrat und verkündete diese Ansicht, so zum Beispiel während seiner Rede am Alstädter Ring in Prag, wo er ausdrücklich sagte, „man müsse die Deutschen ausliquidieren.“<sup>35</sup> Durch die neue Wortschöpfung „ausliquidieren“ (vylikvidovat) sollte wohl das Verb „liquidieren“ durch die Vorsilbe „aus“ (vy) zusätzlich hervorgehoben werden.

Die führenden tschechischen Politiker, die kommunistischen mit eingeschlossen, gingen davon aus, dass die Einstellung der tschechischen Bevölkerung gegenüber den Deutschen derart negativ beeinflusst worden war, dass sie nicht zwischen Schuldigen und Unschuldigen unterscheiden konnten. Für die deutschen Antifaschisten hatte dies zur Folge, dass sich in den meisten Regionen weder die kommunistische Partei noch die Sozialdemokraten gegen ihre Vertreibung einsetzten. Die mangelnde Hilfsbereitschaft der tschechischen Parteigenossen hatte zur Folge, dass die meisten Antifaschisten freiwillig in die russisch besetzte Zone übersiedelten.<sup>36</sup> Unter den deutschen Kommunisten empfand man zwar die geplante Vertreibung als hart, äußerte jedoch durchaus Verständnis für diese Maßnahme. „Aber was bedeutet die Aussiedlung von ca. 2,5 Millionen Menschen einige Kilometer hinter die Grenze im Vergleich dazu, dass die Deutschen während dieses Krieges Hunderte von Millionen Menschen Hunderte von Kilometern hin und her quer durch Europa trieben?“<sup>37</sup>

32 Od VII do VIII sjezdu KSČ", S. 41.

33 Schallner, Dieter: „Obraz Němců a Německa v letech 1945–1947 vznik soudobého českého stereotypu Němce a Německa“ (Das Bild der Deutschen und Deutschlands in den Jahren 1945–1947, Entstehung des gegenwärtigen tschechischen Stereotyps des Deutschen und Deutschlands) ,in Křen, Jan/ Broklová Eva ( Hrsg): *Obraz Němců Rakouska a Německa v české společnosti 19. a 20. století*, S. 236–352, hier S.238 f.

34 "Němce a Maďary odtud dostaneme...", abgedruckt in *Lidová demokracie* vom 13.05.1945.

35 *Lidová demokracie* vom 17.05.1945.

36 Staněk, T.: *Odsun Němců z Československa 1945–1947 (Abschiebung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1947)*. Praha 1991.

37 "... Ale co je vystěhování přibližně 2,5 milionů obyvatelstva několik kilometrů přes hranice v porovnání s tím, jak Němci za této války hnali desítky milionů lidí sta kilometrů sem a tam po celé Evropě?", zitiert nach Schallner, Dieter: "Obraz Němců a Německa v letech 1945–1947, S. 238.

## 2) Slawen ins Grenzgebiet

Ganz im Sinne der Idee der Schaffung eines einheitlichen slawischen Staates der Tschechen und Slowaken wurde die Besiedlungspolitik des Grenzgebietes von der kommunistischen Partei als ein Meilenstein in der Geschichte der tschechischen Nation und der Republik betrachtet, an dem sie wesentlichen Anteil hatte. Ausdrücklich betont wurde, dass die Besiedlungspolitik im vollen Einverständnis mit der UdSSR geschieht, deren Führung die Abschiebung der Deutschen auf der Potsdamer Konferenz gefordert hatte. Die Besiedlungspolitik der kommunistischen Partei wurde als eine demokratische und daher neu beschrieben, da die Besiedlung ausschließlich freiwillig geschehe. Dank des Einsatzes der kommunistischen Partei stieg bis zum Ende des Jahres 1945 der Anteil der tschechischen Bevölkerung im Grenzgebiet von 445 000, die hier im Frühjahr 1945 lebten auf 1 700 000. „Niemand in der Geschichte lebten so viele Slawen in unseren Grenzgebieten wie sieben Monate nach der Revolution. Zum selben Zeitpunkt sank der Anteil der deutschen Bevölkerung im Grenzgebiet von 3 127 000 auf 1 863 000, so daß schon heute im Grenzgebiet so viele Tschechen wie Deutsche leben. Betrug der Anteil der Tschechen im Jahre 1944 nur 12,5 % und der der Deutschen 87,5 %, macht der Anteil der Tschechen Ende 1945 47,4 % der Gesamtbevölkerung des Grenzgebietes aus.“<sup>38</sup>

Mit der Besiedlungspolitik unmittelbar verbunden war die Wirtschafts- und die Landwirtschaftspolitik im Grenzgebiet.

## 3) Verstaatlichung der Industriebetriebe in Geiste der slawischen Einheit

Wie im Kaschauer Programm angekündigt, setzte sich die kommunistische Partei vor allem für die Gründung von Nationalausschüssen (národní výbory) sowie die Schaffung der Funktion eines nationalen Verwalters (národní správce) nachdrücklich ein und besetzte diese Funktionen nach Möglichkeit mit eigenen Leuten. So wurden bei den geheimen Wahlen vom März 1946 in achtzehn Gemeinden stets die Kommunisten an die Spitze der grundsätzlich paritätisch zusammengesetzten Nationalausschüsse gewählt.<sup>39</sup> Die Hauptaufgabe der Nationalausschüsse und der nationalen Verwalter bestand in ihrem Einsatz in Betrieben, Banken und Versicherungen – vor allem in denen, die bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in deutschem Besitz oder unter deutscher Führung standen. Die rechtliche Grundlage für die Enteignung wurde durch das Dekret Nr. 108/1945 Sb. vom 25. Oktober 1945 geschaffen. 70 bis 75 Prozent der Industriebetriebe wurden dadurch verstaatlicht.

Um breite Bevölkerungsschichten von der Richtigkeit dieses Vorgehen zu überzeugen, verkündete die kommunistische Partei, dass durch den Einsatz der Nationalausschüsse und der nationalen Verwalter dieses Eigentum für die tschechische und slowakische Nation gerettet und der Übergang von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft ermöglicht und damit dem neuen tschechoslowakischen Staat eine echte demokratische Grundlage gegeben wurde.<sup>40</sup> Dass breite Bevölkerungsschichten mit dieser Politik der Verstaatlichung nicht nur einverstanden seien, sondern sie mit „Begeisterung begrüßt“ hätten, wurde taktisch geschickt durch von Kommunisten organisierte Demonstrationen unterstrichen.

---

38 Nikdy v dějinách nežilo tolik slovanského obyvatelstva v našem pohraničí jako za sedm měsíců po naší revoluci. V téže době pokleš počet německého obyvatelstva v našem pohraničí ze 3 127 000 na 1 863 000 takže dnes již v našem pohraničí žije skoro stejné množství Čechů jako Němců. Činil-li tento poměr ještě v roce 1944 12,5 procent Čechů a 87,5 procent Němců, je koncem roku 1945 Čechů již 47,4 procenta ze všeho obyvatelstva v pohraničí." Od VII do VIII sjezdu KSČ, S.36.

39 "Od VII do VIII sjezdu KSČ, S. 28.

40 Od VII do VIII sjezdu KSČ, S. 37.

#### 4) Slawische Erde slawischen Bauern

Bevor die von der tschechoslowakischen Regierung angekündigte „Liquidierung“ begann, sollten alle Deutschen enteignet werden. Die kommunistische Partei nahm für sich in Anspruch, dass das Dekret Nr. 108/1945 Sb. vom 25. Oktober 1945, durch das die Enteignung dann tatsächlich stattfand, auf ihre Initiative entstanden sei. „In der Regierungserklärung kommt der Standpunkt der Partei zu den landwirtschaftlichen Problemen zum Ausdruck und die elf Monate der Regierungstätigkeit bestätigen, dass der Regierungserklärung Taten folgten. Die Arbeit der Partei kommt um so mehr zum Tragen, als der Landwirtschaftsminister Genosse Duriš ist, und nach seiner Tätigkeit können die Landwirte um so mehr beurteilen, ob die Landwirtschaftspolitik zu ihren Gunsten ist oder nicht. Durch das Dekret über die Konfiszierung des Bodens der Deutschen, Ungarn und Verräter wird im Grenzgebiet der Boden in die Hände der tschechischen und slowakischen Nation übertragen. Fast 1 000 000 Hektar Ackererde wurde in das Eigentum der tschechischen Landwirte im Grenzgebiet übertragen, und im Inland bekamen die Landwirte 500 000 Hektar Land als Weideland und zur Unterstützung der Tierproduktion. Das Land der Deutschen und Verräter wird ersatzlos konfisziert den Bauern für einen Preis abgegeben, der es ihm erlaubt, es bald abzuzahlen.“<sup>41</sup>

Diese Politik entsprach voll den Ankündigungen, die im ersten, am 10. Mai 1945 veröffentlichten, frei gedruckten Aufruf des Zentralkomitees der kommunistischen Partei in Košice gemacht wurden. Wie schon während des Krieges wurde in ihm die Enteignung der Deutschen gefordert und historisch begründet. Seitens der kommunistischen Partei wurde betont, dass diese Politik im Geiste der Ära Palacký geschieht und nicht weniger als die Wiedergutmachung für den Verlust der Schlacht am Weißen Berg<sup>42</sup> darstellt, denn endlich werde das tschechische Volk wieder den Boden<sup>43</sup> zurückerhalten<sup>44</sup>, der von den tschechischen protestantischen Adeligen konfisziert worden war und der daher den tschechischen und slowakischen Werktätigen gehöre. Verständlich, dass die Bevölkerung für diese Begründungen empfänglich war, denn mit dieser geschichtlichen Rückbesinnung entsprach diese Polemik der kommunistischen Partei voll der Tradition der tschechischen bürgerlichen Politiker und Historiker seit 1848, also der Ära Palacký, und der während der I. Tschechoslowakischen Republik gefestigten Stereotypen<sup>45</sup> über die deutsche Bevölkerung. Verständlich, dass breite Bevölkerungsschichten die Verteilung des Bodens an sie, die Deputaten, begrüßten. Sie sahen, dass sie zu verhältnismäßig geringen Kosten Boden erhalten würden, den sie sonst nie erhalten hätten. Dass dies ein

41 Ve vládním programu je vyjádřeno stanovisko strany k zemědělským problémům a 11 měsíců vládní činnosti dokazuje, žeto, co bylo vyjádřeno ve vládním programu slovy, je potvrzeno činy. Práce strany vynikne tím více, že ministrem zemědělství je s. Duriš a podle jeho činnosti mohou zemědělci tím více posoudit, zda je jim zemědělská politika naší strany ke prospěchu či nikoli. Dekretem o konfiskaci půdy Němců, Maďarů a zrádců je předávána půda v pohraničí do rukou českého a slovenského lidu. Téměř 1 000 000ha orné půdy bylo předáno do vlastnictví českých zemědělců v pohraničí a ve vnitrozemí získávají rolníci 500 000 ha půdy jako pastviny k podpoře živočišné výroby. Půda Němců a zrádců je konfiskována bez náhrady a je dána do rukou zemědělskému lidu za cenu, která mu umožní, aby ji brzy splatil. : Od VII do VIII sjezdu KSČ, S. 32.

42 Die Schlacht am Weißen Berg fand am 7. November 1620 statt, im Anschluss wurden am 21. Juni 1621 tschechische protestantische Adelige am Altstädter Ring in Prag hingerichtet. Mit der Schlacht am Weißen Berg begann die 300 Jahre andauernde sogenannte „doba temna“ Zeit der Dunkelheit.

43 „Gibt dem tschechischen Volk das Eigentum zurück, das ihnen von den Deutschen und den Verrätern gestohlen wurde. Tschechischen Arbeitern, Landwirten und kleinen Unternehmern und den Angehörigen der freien Berufe, welche von den Deutschen und den Verrätern um ihr Eigentum gebracht worden sind, aus nationalen, politischen, und rassistischen Gründen, ihnen wird dieses Eigentum sofort zurückgegeben, sollte dies nicht möglich sein, dann ein gleichwertiger Ersatz aus dem von den Deutschen und Verrätern beschlagnahmten Eigentum.“ Od VII do VIII sjezdu KSČ, S. 26.

44 Aufruf des Zentralkomitees der kommunistischen Partei vom 10. Mai 1945 veröffentlicht in : Od VII do VIII sjezdu KSČ a.a.O. S.25/26

45 Schallner, Dieter: "Obraz Němců a Německa v letech 1945–1947, S. 237.

rein taktischer und daher populistischer Schachzug der kommunistischen Partei war, wurde wohl von keinen der zu diesem Zeitpunkt Begünstigten gesehen. Ab 1948 erfolgte dann in Namen des Demokratischen Zentralismus die Verstaatlichung dieses zuvor an die Kleinbauern verteilten Bodens.

#### 5) Der Wettstreit der Bezirke um die Gunst der Parteispitze

Der Umstand, dass sich die kommunistische Partei als diejenige darstellte, die aus Heimatliebe nur das Wohl des tschechischen Volkes vor Augen hat, führte in der Bevölkerung zu starkem Zulauf. Ihre Mitgliederzahl stieg von Mai 1945 bis zum Parteitag im März 1946 auf 1 007 834, wobei die Frauen mit 219 039 nur 21 Prozent der Mitglieder ausmachten, dieser Umstand wurde in den Berichten aus allen am Parteitag beteiligten Bezirken bestätigt.

Die Repräsentanten aller Bezirke bemühten sich vor allem den Einsatz der Kommunisten während der Revolutionstage hervorzuheben, vor allem ihr Vorgehen gegenüber den Deutschen und bei der Konfiszierung des Eigentums. Nur vereinzelt wurden Schwierigkeiten zugegeben, so aus dem Bezirk Karlsbad, wo man einräumte: „Es wird noch nötig sein, noch mehr unter den Landwirten politisch zu arbeiten, um die verlogene Propaganda der Reaktion zu widerlegen, dass die Kommunisten den letzten Kaninchenstall verstaatlichen möchten. In diesen Tagen wird in Karlsbad Genosse Ďuriš mit dem Genossen Koťátko die Eigentumsdekrete unseren Landwirten übergeben. Es wird nötig sein, diese Gelegenheit zur Propaganda zu nutzen und zu beweisen, dass im Gegenteil die Kommunisten den Boden den Landwirten als Privateigentum übergeben.“<sup>46</sup> Schlussbetrachtungen

In Vorstellung und Ziel eines einheitlichen slawischen Staats blieb der Aspekt der Heimat als Minderheitenrecht<sup>47</sup>, wie es auch in dem Entwurf der UNO Konvention vorgesehen ist,<sup>48</sup> von der kommunistischen Partei unberücksichtigt, was hier insbesondere die in der Region lebende deutsche Bevölkerung betraf. Außer Acht blieb aber auch der Aspekt der von František Graus beschriebenen sogenannten „Schicksalsgemeinschaft“<sup>49</sup>, die es, wie die letzten geschichtlichen Entwicklungen gezeigt haben, auch nicht zwischen den Tschechen und den Slowaken gab. Im Geiste der Schaffung eines

46 "... Bude nutno ještě véce pracovat mezi zemědělci politicky a potérat prolhanou propagaci reakce, že komunisté chtějí zestátnit poslení králikárnu. V těchto dnech v Karlových Varech bude s. Ďuriš a se s. Koťátkem předávat vlastenecké dekrety našim zemědělcům. Bude třeba využít této příležitosti k propagaci sjezdu KSČ, S. 125.

47 Zur Entwicklung des Minderheitenschutzes siehe Steiner, Ludwig: „Die Entwicklung des Minderheitenschutzes im Rahmen des Europarates“, in: Blumenwitz, Dieter/Gornik, Gilbert, Hrsg.: „Minderheiten- und Volksgruppenrecht in Theorie und Praxis“. Bonn 1993, S. 29–39 oder Ermacora, Felix/Pan, Christoph: „Grundrechte der europäischen Volksgruppen“. Wien 1993.

48 Der aus zwanzig Artikeln bestehende Entwurf der UNO aus dem Jahr 1992 sieht den Schutz der Rechte der Volksgruppen als Minderheit vor. Die bereits im 19. Jahrhundert praktizierte Politik der Assimilierung der Minderheiten soll künftig von den Nationalstaaten unterlassen werden. Mit dem ausdrücklich hervorgehobenen Recht auf Heimat als einem Bestandteil der ethnischen Identität wird die Zugehörigkeit der in einer Region lebenden Menschen unabhängig von ihrer Nationalität und der Staatsgrenze eines Nationalstaates anerkannt. In dem von einer ethnischen Minderheit besiedelten Gebiet sollen die Minderheiten „wo immer möglich“ territoriale Autonomie erhalten. Dementsprechend soll auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefördert werden. Der Entwurf der Konvention ist abgedruckt bei Ermacora, Felix/Pan, Christoph: „Grundrechte der europäischen Volksgruppen“. Wien 1993; Siehe hierzu auch z.B. Das Rahmenübereinkommen des Europarates vom 1. Februar 1995 zum Schutz nationaler Minderheiten oder die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarates vom 1. März 1998.

49 Das Nationalbewusstsein ist eine Sonderart des gesellschaftlichen Bewusstseins. Diese Gemeinschaft wird dann auch als die „Schicksalsgemeinschaft“ bezeichnet. Die Gleichsetzung der Sprachengemeinschaft mit der Schicksalsgemeinschaft bedeutet für Graus den Höhepunkt des mittelalterlichen Nationalbewusstseins (Graus, František: „Die Nationenbildung der Westslawen im Mittelalter. Sigmaringen 1980, S. 145 ).

slawischen Staates unternahm die kommunistische Partei, von Ausnahmen abgesehen, nichts gegen die Vertreibung auch von denjenigen deutschen Mitbürgern, die nachweislich nichts mit dem Hitler-Regime zu tun hatten. Breite Bevölkerungsschichten der Tschechen mussten spätestens 1952, als in den sogenannten Slánský-Prozessen<sup>50</sup> missliebige Kommunisten und Slowaken verurteilt wurden, erkennen, dass die Führung der kommunistischen Partei nicht das gehalten hatte, was sie dem tschechischen Volk unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieg versprochen hatten. Stattdessen stellte sie alle ihre Aktivitäten, die angeblich zugunsten der tschechischen Bevölkerung geschahen, unter das Primat der Partei im Sinne des Demokratischen Zentralismus. Hätte die Bevölkerung nicht die Taktik und Polemik der Kommunisten bereits im Jahr 1945 erkennen können?

Der vermeintliche Druck der Deutschen aus Wien während der österreichischen Monarchie und dann die Erfahrungen mit den Deutschen als Kriegs- und Besatzungsmacht wurden nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Druck aus Moskau abgelöst, einem Staat, vor dessen Hegemonialansprüchen bereits 1848 fast alle slawischen Führer gewarnt hatten – und dies trotz der gleichzeitig beteuerten und hochgelobten slawischen Gemeinsamkeit. Die Russen waren es, die die slawischen Nachbarn von den Deutschen befreit hatten – aber noch mehr: Sie waren die Repräsentanten einer neuen gesellschaftlichen Schicht, die der Arbeiter und Proletarier, die in Russland an der Macht war. Nach den meist negativen Erfahrungen in den zwanziger und dreißiger Jahren mit ihrer eigenen nationalen tschechischen Führungsschicht (Elite), die sich aus dem Adel, den Intellektuellen und dem Beamtentum zusammensetzte<sup>51</sup>, war dieses Konzept, wenn nicht für die Mehrheit dann doch für einen großen Teil der breiten Bevölkerung, so attraktiv, dass sie bei den ersten Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg die Kommunisten wählten. Mit Schlagwörtern wie „Macht von unten“ gelang es den unter dem sowjetischen Einfluss stehenden Kommunisten, zwar nicht ganz ohne Druck, jedoch nicht mit ausschließlicher Anwendung von Gewalt, die Macht in allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens und damit auch auf allen Ebenen der dezentralen Einheiten in den mitteleuropäischen Staaten zu übernehmen.

Der Zusammenbruch des sowjetischen Hegemonialreiches im Jahre 1989 bot einerseits eine große Chance einer Rückbesinnung auf die „alten bewährten Strukturen“ des Zusammenlebens zwischen den einzelnen Nationen, so wie dieses über Jahrhunderte in der Monarchie praktiziert worden war. Andererseits ergab sich aber auch eine Chance, neue Wege im Bereich der Regelung der staatlichen Kompetenzen zu beschreiten. Das, was als Subsidiarität zurzeit großgeschrieben wird, ist letztlich eine Rückbesinnung auf altbewährte Methoden des Regierens. Dezentrale Einheiten wie selbstverwaltende Regionen bieten den Menschen mehr als das Gefühl der Heimatverbundenheit. In den einzelnen Regionen können und müssen die Rechte der hier lebenden Minderheiten Berücksichtigung finden.

---

50 Rudolf Slánský war seit 1921 Mitglied der kommunistischen Partei, seit 1945 ihr Generalsekretär; 1948 wurde er abgesetzt, 1952 zum Tode verurteilt und hingerichtet, 1963 rehabilitiert, Slapnicka, Harry: Der Fall Rudolf Slánský, in: Osteuropa 1963/13, S. 768–771.

51 Siehe dazu z.B. Rataj, Jan: "O autoritativní národní stát, ideologické poměry české politiky v druhé republice 1938–1939.